

seemoz-Fragen an CDU-MdB Andreas Jung:

„Sie sind selbst am 8. Februar dem Aufruf der ‚Omas gegen Rechts‘ gefolgt und haben in Konstanz gegen Rechtsextremismus und für Vielfalt demonstriert. Natürlich waren in dieser Demonstration aus gegebenem Anlass (Stichwort Brandmauer) auch vereinzelt Plakate gegen die CDU dabei.

Doch rechtfertigt dies den Frontalangriff Ihrer Fraktion (Kleine Anfrage 20/15035) auf die Organisatorinnen? Wie können Sie als Mitunterzeichner infrage stellen, dass der Verein (Frage 53) politische Demonstrationen unterstützt (an denen Sie selbst teilnahmen) und (Frage 52) Kampagnen gegen die Rechtspartei AfD fährt? Wie kommen Sie (Frage 55) auf den absurden Gedanken, die ‚Omas gegen Rechts‘ arbeiteten mit der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung zusammen?“

Antwort des CDU-MdB Andreas Jung, 7. März 2025

„An der Demonstration des Konstanzer Bündnisses für Demokratie habe ich teilgenommen, weil die Organisatoren alle demokratischen Kräfte aufgerufen haben, für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren – und daran auch nach den Abstimmungen im Bundestag ausdrücklich festgehalten und mich zur Teilnahme ermuntert haben. Das gilt auch für die Konstanzer ‚Omas gegen Rechts‘.

Deren Engagement für unsere Demokratie schätze ich. Ausdrücklich wurde auch von ihnen im Vorfeld unterstrichen, man wolle mit der CDU und den anderen demokratischen Parteien gegen Extremismus demonstrieren. Diese Linie haben die Veranstalter und alle Rednerinnen und Redner auch bei der Demonstration selbst so vertreten. Sie haben also keinen Anlass für eine kritische Aufarbeitung gegeben. Daran ändern auch einige wenige Plakate nichts, die der Linie der Veranstalter nicht entsprochen haben. Entscheidend ist das Signal, dass viele Tausend Menschen in Konstanz parteiübergreifend mit ihrem friedlichen Eintreten für unsere Demokratie und gegen Rechtsextremismus gegeben haben.

Ganz grundsätzlich ist das vielfältige bürgerschaftliche Engagement für Demokratie und für wichtige Anliegen wie Umwelt- und Naturschutz eine Bereicherung. Das gilt natürlich auch dann, wenn kritische Positionen vertreten werden. Mit klarer Haltung und gegenseitigem Respekt geführte Debatten bringen alle voran – auch und gerade wenn sie kontrovers sind. Der offene Diskurs gehört zur Demokratie, das Ringen um den richtigen Weg und zuweilen auch die Zuspitzung.

Um es unabhängig von Konstanz auch für die Demonstrationen klar zu sagen, die eine andere Ausrichtung hatten als hier: Natürlich kann auf Grundlage unserer demokratischen Ordnung auch gegen die CDU demonstriert werden

ohne dass dies irgendwelche Konsequenzen zur Folge hat. Widerspruch zu ertragen ist elementarer Bestandteil unserer demokratischen Ordnung.

Eine Linie ist – ganz unabhängig davon, welche Partei das betrifft – dann überschritten, wenn aufgrund ihrer Gemeinnützigkeit mit Steuermitteln geförderte Organisationen mit diesen öffentlichen Mitteln einseitig parteipolitisch agieren. Die Finanzierung von gemeinnützigen Vereinen ist in Deutschland klar geregelt. Laut der Abgabenordnung ist eine Körperschaft gemeinnützig, wenn sie gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verfolgt und dabei nicht parteipolitisch agiert. Mit der ‚Kleinen Anfrage‘ wurde das Anliegen verfolgt, im Hinblick auf die Verwendung öffentlicher Mittel Transparenz herzustellen. Eine ‚Kleine Anfrage‘ als parlamentarisches Instrument der Regierungsbefragung kann das und auch nur bewirken: Transparenz.

Ich bedaure, dass durch die Formulierung der ‚Kleinen Anfrage‘ Missverständnisse entstanden sind. Ich hoffe soweit das der Fall war, können sie durch diese klare Positionierung ausgeräumt werden. Ganz sicher werden sie durch die Ermunterung zivilgesellschaftlichen Engagements durch eine künftige Bundesregierung ausgeräumt werden. Dafür werde ich mich auch persönlich bei allen Positionierungen meiner Fraktion einsetzen.

Allerdings ist, anders als in Ihrer Frage unterstellt, diese von einer Oppositionsfraktion gestellte ‚Kleine Anfrage‘ überhaupt nicht vergleichbar mit dem Vorgehen von Victor Orban und seiner Regierung gegen Nichtregierungsorganisationen in Ungarn. Dieses Vorgehen ist scharf zu verurteilen. In Deutschland ist und bleibt eine derartige Bekämpfung kritischer Organisationen undenkbar. Zivilgesellschaftliches Engagement mit allen grundgesetzlichen Freiheiten ist und bleibt ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie.“